



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484
FAX: (030) 227 – 76992
E-Mail: uwe.schummer@bundestag.de
Homepage: www.uwe-schummer.de

Berlin, 4. Januar 2008

Zum Thema „Keiner darf verloren gehen - Ausbildung für Alle“ erklärt der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für berufliche Bildung, Uwe Schummer MdB:

Es wäre undenkbar, dass die arabischen Länder ihre Ölvorräte im Wüstensand versickern lassen oder die Südafrikaner ihre Goldnuggets in den Flüssen nicht ausschöpfen. Das wichtigste Vermögen der Deutschen ist die Kreativität und die Ausbildung der Menschen. 1,3 Mio. Schulabgänger bis 29 Jahre sind ohne eine berufliche Qualifizierung. Deshalb brauchen wir eine Strategie „Ausbildung für Alle“.

Im Zweijahresvergleich sank die Arbeitslosigkeit um über 1 Million. Saisonbereinigt gibt es im Dezember erneut eine kräftige Abnahme der Arbeitslosigkeit von 78.000. Der Trend der vergangenen Monate setzt sich verstärkt fort. Gegenüber dem Vorjahr wurden im Dezember 602.000 weniger Arbeitslose gezählt. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland ist nach vorläufigen Angaben um 51.000 auf 40,37 Millionen gestiegen. Zeitverzögert folgt auch der Ausbildungsmarkt. Zum Ende des Ausbildungsjahres 2007 gab es 626.000 neue Ausbildungsverträge. Das sind fast 50.000 mehr als im Vorjahr. Im Rahmen der Nachvermittlungsaktion auf dem Ausbildungsmarkt hat sich die Zahl der Ende September 2007 noch unvermittelten Bewerber für Ausbildungsplätze bisher um 16.300 auf 12.800 verringert.

Wichtigster Ausbildungsträger ist die Wirtschaft mit der dualen Ausbildung. Sie investiert jährlich 30 Mrd. Euro für die Berufsausbildung. Das ist mehr als alle Bundesländer und der Bund zusammen. 60 Prozent der Schulabgänger entscheiden sich für einen der 343 Ausbildungsberufe. Derzeit werden 1,5 Mio. junge Menschen in 490.000 Betrieben ausgebildet.

Der Ausbildungspakt wurde verbessert und verlängert. Es zeigt sich: Ausbildung schafft man nur mit der Wirtschaft, nicht gegen sie. Wichtig ist auch, dass der Bundesverband der freien Berufe als drittstärkster Ausbilder in den Pakt eingetreten ist. Erstmals seit sechs Jahren wird allen Schulabgängern eine Berufsausbildung oder zumindest eine Qualifizierung angeboten.

PRESSMITTEILUNG

Hinzu kommen jedoch über 320.000 Schulabgänger, die vor mehr als einem Jahr aus der Schule entlassen wurden und eine Berufsausbildung wünschen. Dies schafft der Ausbildungspakt nicht alleine. Er bedarf der Ergänzung.

Deshalb haben Union und SPD einen gemeinsamen Antrag „Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. Der ewige Kreislauf gegenseitiger Schuldzuweisungen wurde durchbrochen. Seine Grundphilosophie: Soviel betriebliche Qualifizierung wie möglich, soviel außerbetriebliche Maßnahmen wie nötig. Zur Strategie „Ausbildung für Alle“ gehören:

- das Programm „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher“ (EQJ) wird mit 40.000 Plätzen fortgesetzt. Es wurde dauerhaft in das Dritte Sozialgesetzbuch (SGB III) aufgenommen. Über die Verweisung in § 16 Absatz 1 SGB II steht die betriebliche Einstiegsqualifizierung nunmehr auch den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Verfügung. Die Vermittlungsquote in eine weiterführende Qualifizierung beträgt 74,7 Prozent, davon 65,5 Prozent in eine klassische Berufsausbildung. Einstiegsqualifizierungen sollen mit Ausbildungsbausteinen kombiniert werden, die bei der Weitervermittlung abgerechnet werden.
- die Entwicklung von Ausbildungsbausteinen durch das Berufsbildungsinstitut aus den zwölf wichtigsten Ausbildungsberufen. Sie orientieren sich am Berufsbildungsgesetz und sollen Kompetenzen vermitteln, die im jeweiligen Berufsbild verankert sind. Dabei ist auch eine Zertifizierung über die Kammern vereinbart.
- die Aussetzung der Bestimmung für benachteiligte Auszubildende, vor einer außerbetrieblichen Ausbildung eine sechsmonatige berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme zu besuchen.
- der neue Qualifizierungs-Kombilohn für langzeitarbeitslose Jugendliche. Die Kombination aus Lohnkostenzuschuss und Qualifizierung soll mit einer Förderung von bis zu 1.000 Euro monatlich für eine Vollzeittätigkeit begleitet werden.
- verstärkte ausbildungsbegleitende Hilfen, um benachteiligten Jugendlichen ergänzende Förderkurse anzubieten und so Ausbildungsbetriebe zu entlasten. Dies soll über ein Gutscheinsystem beim direkten Bewerberkontakt zwischen Auszubildendem und Ausbilder vereinfacht werden.

- eine Verbesserung der frühzeitigen Berufsorientierung in Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur für Arbeit, Schulen, Bildungsträgern und Wirtschaft, um die Abbrecherquote von rund 20 Prozent zu senken. Hierzu gehört auch ein 15 Mio. Euro-Programm, für Einstiegspraktika in einer Berufsbildungswerkstatt. Innerhalb von 14 Tagen können zwei Jahre vor der Schulentlassung verschiedene Berufsbereiche angeboten werden. In einer Berufsbildungswerkstatt befinden sich unter einem Dach Holz- und Metallwerkstätten, Hauswirtschaft, Verwaltungseinrichtungen und Gartenbau. Im Anschluss daran können alle weiteren Betriebspraktika zielgerichtet kombiniert werden. Hierzu gehört beispielsweise auch die Ankündigung des Landes Nordrhein-Westfalen, in jeder Schule eine Berufsberatung sicherzustellen.
- verstärkt Zwischenabschlüsse in der Berufsausbildung zu schaffen. Die stufenweise Organisation von Berufsbildern öffnet Einstiegskorridore für Hauptschüler. Faktisch sind von den 343 Berufsbildern nur noch 15 Prozent für Hauptschüler geöffnet. Die Kombination von Stufenausbildung und Weiterbildung beseitigt Zugangsbarrieren.

Die Bundesregierung hat unter Federführung von Bildungsministerin Annette Schavan eine „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ entwickelt, die am 9. Januar im Bundeskabinett beraten wird. Ziel ist, dass die Zahl der Schüler ohne Abschluss deutlich reduziert wird und dass zukünftig jeder Schulabgänger, der ausbildungswillig ist, eine Berufsausbildung erhält.

Der Antrag „Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“, der am 18. Januar in dritter Lesung im Deutschen Bundestag beraten und verabschiedet wird, fordert die Prüfung eines Bonussystems, um gezielt Unternehmen zu unterstützen, die über ihren Bedarf ausbilden. Sinnvoll ist eine Zuwendung an Betriebe, die im Vergleich zu den letzten drei Jahren zusätzlich oder erstmals ausbilden und bereit sind, einen Bewerber zu qualifizieren, der länger als 12 Monate eine Ausbildung sucht und maximal einen Realschulabschluss hat. Der Bonus könnte die Hälfte der Ausbildungsvergütung im ersten Ausbildungsjahr betragen. Das Bonussystem ist auf drei Jahre zu befristen. Es ist besser, eine direkte Ausbildung zu finanzieren als eine Brückenmaßnahme.

Gemeinsames Ziel ist, dass nicht nur alle aktuellen Schulabgänger eine berufliche Perspektive erhalten, sondern dass auch ein Großteil der Altbewerber vermittelt wird. Schon heute verliert die Wirtschaft jährlich 20 Milliarden Euro an Aufträgen, weil nicht genügend ausgebildet wurde. Facharbeitermangel geht mit massiven Wachstumsverlusten einher. Deshalb die Botschaft: „Keiner darf verloren gehen - Ausbildung für Alle“.